

FAK-Geld an KiTas – eine weisse Idee wird schwarz

Text Barbara Jehle, info@weissmagazin.li

Manchmal geht es etwas länger, bis Ideen der Freien Liste ankommen: Der Landtag hat den Vorstoss der Freien Liste, die Aufstockung der KiTa-Plätze aus der Familienausgleichskasse (FAK) zu bezahlen, im Oktober 2013 abgelehnt. Nach der Idee der Freien Liste hätte das aus der FAK finanzierte Kindergeld nicht mehr nach dem Giesskannenprinzip an alle Eltern ausgeschüttet werden sollen. Spitzenverdiener sind auf das Kindergeld nicht angewiesen. Betreuungsplätze für Kinder werden aber dringend benötigt; diese kommen letztlich auch der Wirtschaft zugute, welche die FAK finanziert. Zudem hatte die FAK schon 2013 ausgezeichnete Zahlen vorzuweisen: Sie verfügt heute über ein Fondsvermögen von mehr als 153 Millionen Franken. Gesetzlich vorgeschrieben ist eine Reserve von einer Jahresausgabe, also 50 Millionen Franken.

Es wurde der FL-Fraktion vorgeworfen, sie wolle damit einseitig die Berufstätigkeit von Müttern fördern. Die Abgeordneten der FBP haben den Vorstoss mit der Begründung zurückgewiesen, dass sie einen besseren, umfassenderen Vorschlag liefern würden.

Gekommen ist von der FBP-Fraktion in diesen eineinhalb Jahren nichts: Kürzlich hat aber der Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini, der den Ausbaustopp der KiTa-Plätze zu Beginn seiner Amtszeit verlängert hat, eine Lösung präsentiert.

Er möchte, wie es die Freie Liste schon im Oktober 2013 vorgeschlagen hat, Geld aus der FAK für die KiTas verwenden – weitere Massnahmen seien nicht vorgesehen. Diese Ankündigung hat Christoph Beck (VU), der schon mehrfach die sogenannte Herdprämie für Hausfrauen gefordert hat, zur Frage veranlasst, ob andere Betreuungsmodelle nicht auch gefördert werden. Er stellt damit erneut den Vorwurf der ein-

seitigen Förderung von berufstätigen Müttern in den Raum. Der VU-Abgeordnete wünscht sich ein Betreuungsgeld für Mütter, die nicht berufstätig sind.

Der Gesellschaftsminister erklärt knapp, die KiTa Förderung lasse sich mit dem Interesse der Wirtschaft an der Erwerbstätigkeit der Frauen begründen. Angesichts des Fachkräftemangels ein nachvollziehbares Argument. Das gleiche Argument, das die Freie Liste schon vor zwei Jahren äusserte. Sie zeigte auch auf, warum die Herdprämie zu einem Bumerang für Frauen wird, weil sie nach der Kinderpause nur schwer wieder Fuss in der Berufswelt fassen. ■